

Auerbach: „Das sind keine Zufälle mehr!“

Die Protestkundgebung gegen die Grabschänder

„Fünf Schändungen jüdischer Friedhöfe innerhalb kurzer Zeit sind keine Zufälle mehr“, sagte Staatskommissar Dr. Philipp Auerbach am Mittwoch auf einer von der VVN abgehaltenen Protestkundgebung in Ansbach. Diese Vorkommnisse ließen auf das Vorhandensein einer Organisation schließen, die aufgedeckt werden müsse. „Wir haben 1945 keine Revolution gemacht, weil wir beweisen wollten, daß wir bessere Menschen sind, aber die Grabschänder beweisen uns, daß sie noch ebenso schlecht geblieben sind“ führte Dr. Auerbach aus. Die Grabschändungen seien weniger als ein Zeichen des Antisemitismus zu werten, sie seien vielmehr eine hochpolitische Angelegenheit. Gewisse Elemente wollten wissen, wie weit sie heute schon wieder gehen könnten und wie die Reaktion der Arbeiterschaft, der Militärregierung und der deutschen Regierung ausfalle. Die verfehlte und bankrotte Entnazifizierung sei unsere Schuld.

Zum Verschlepptenproblem übergehend erklärte Dr. Auerbach, die Flüchtlingsorganisationen hätten einen großen Fehler begangen. Statt die verschleppten Personen mit leichter Arbeit in den Arbeitsprozeß einzugliedern, habe man ihnen eine baldige Auswanderung versprochen. Sie warten noch heute darauf und seien deshalb hoffnungslos und enttäuscht. In den letzten vier Wochen seien 2 000 jüdische DP's aus Bayern abgereist, durchglüht vom Idealismus, für ihr Land zu kämpfen. Nunmehr arbeiten bereits 36 000 von den insgesamt 82 000 jüdischen Mitbürgern in Bayern in DP-Lagern, 8400 bilden sich in Fachschulen weiter. Sie alle warten darauf auszuwandern. Zu dem Antrag des stellvertretenden bayerischen Ministerpräsidenten Dr.

Josef Müller, die DP's deutschen Gerichten zu unterstellen, erklärte Dr. Auerbach, er könne diesem Antrag nur dann zustimmen, wenn unsere Gerichte demokratisch wären. Nach einer amtlichen Statistik seien z. B. in Schwaben 80 Prozent aller Richter und Staatsanwälte Mitläufer. Es sei jedoch ein Antrag bei der Militärregierung eingereicht worden, der gemischte Gerichte mit deutsch-amerikanischem Personal zur Aburteilung von DP's vorsehe.

Regierungspräsident Dr. Schregle verglich in seiner Rede die heutige Zeit mit den Jahren nach 1918. „Es ist ein schmerzliches Symptom der politischen Unreife des deutschen Volkes, daß es für unsere peinigende Not nicht diejenigen verantwortlich macht, die das Verhängnis heraufbeschworen haben, sondern diejenigen, die jetzt für das Volk arbeiten“, führte Dr. Schregle aus. Jene Menschen, die Verfolgungen erdulden mußten und Habe und Heimat verloren, werden heute in weiten Kreisen als unerwünschte Gäste betrachtet. „Seit nahezu sechs Jahrzehnten habe ich die Erfahrung gemacht“, sagte Dr. Schregle, „daß der gute Bayer keinelei Neigung für den Antisemitismus mitbringt“. Die Grabschändungen könnten nur im Zusammenhang mit der zunehmenden Keckheit und Frechheit früherer Nazis betrachtet werden.

Die zahlreichen Teilnehmer an der Kundgebung im Onoldiasaal unterbrachen die Redner des Abends häufig durch starken Beifall. Sie zeigten dadurch, daß die Untaten auf dem jüdischen Friedhof von allen Schichten unserer Bevölkerung mißbilligt werden.